



**Fraktionsgeschäftsstelle**  
Rathausplatz 2  
58507 Lüdenscheid

Tel.: 02351 / 9665870

[kontakt@afd-fraktion-luedenscheid.de](mailto:kontakt@afd-fraktion-luedenscheid.de)  
[www.afd-fraktion-luedenscheid.de](http://www.afd-fraktion-luedenscheid.de)

**Fraktionsvorsitzender**  
Thomas Staubach

**stellv. Fraktionsvorsitzender**  
Bastian Eichhoff

**Fraktionsgeschäftsführer**  
Damijan Kaufman

An:  
Herrn Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

Lüdenscheid, den 03.03.2026

## **Antrag zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes**

**„Bürgerbeteiligungs-Plattform für mehr Bürgernähe und Demokratie in Lüdenscheid“**

**für den Hauptausschuss am 23.03.2026 und die Ratssitzung am 20.04.2026**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid beantragt und der Rat möge beschließen:

### **Beschlussvorschlag:**

Der Bürgermeister und die Verwaltung werden beauftragt, die technische und juristische Machbarkeit einer permanenten Bürgerbeteiligungs-Plattform zur Einholung eines Meinungs- und Stimmungsbildes bezüglich wichtiger und die Bürgerinnen und Bürger betreffender Fragestellungen und Entscheidungen auf der Internet-Seite der Stadt Lüdenscheid [www.luedenscheid.de](http://www.luedenscheid.de) zu prüfen.

Diese Plattform soll nach dem Beispiel der bekannten Online-Petitions- oder Abstimmungsseiten oder nach dem Beispiel der in Lüdenscheid bereits vorgenommenen online-Befragungen zum Sicherheitsgefühl oder zum Beleuchtungskonzept angelegt sein.

Eine solche Plattform soll dazu dienen, den Bürgerinnen und Bürgern von Lüdenscheid Abstimmungen zu ermöglichen oder auch Meinungsbeiträge oder Vorschläge aus der Bürgerschaft für die verschiedenen kommunalpolitischen Vorhaben einzubringen.

Ferner wird der Bürgermeister beauftragt, bei einem positiven Ergebnis die Einbettung einer entsprechenden Plattform in die Website der Stadt Lüdenscheid zu veranlassen, diese nach Fertigstellung regelmäßig zu bewerben und zur Nutzung derselben durch die Bürgerinnen und Bürger aufzurufen.

## **Begründung:**

In der Lüdenscheider Kommunalpolitik hat es in der jüngeren Vergangenheit wiederholt Vorhaben gegeben, bei deren Ausarbeitung und Umsetzung der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern und anderen betroffenen Kreisen der Stadt gesucht wurde.

Bürgerversammlungen oder die Einschaltung und Befragung geeigneter Interessenverbände oder Gruppen stellen hierzu eine Möglichkeit dar, tragen aber das Risiko in sich, unter Umständen nur einen Teil der betroffenen Personen oder die falschen Personen anzusprechen.

Die von der AfD-Fraktion auf der Knapperstraße durchgeführte Umfrage bei den Gewerbetreibenden und Passanten hat zum Beispiel das Ergebnis zutage gefördert, dass diese nach deren Aussagen im Vorfeld zum beabsichtigten Verkehrsversuch weder informiert noch gefragt wurden, obgleich es Bemühungen seitens der Verwaltung gegeben hatte, für geeignet gehaltene Personenkreise in die hierzu notwendigen Beratungen einzubeziehen.

Um derartige potenzielle Lücken bei der Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen zu schließen, um einen höheren Grad an Bürgernähe in den kommunalpolitischen Entscheidungen zu erreichen und um damit ein möglichst hohes Maß an demokratischer Legitimation der jeweiligen Entscheidungen sicherzustellen, erscheint es sinnvoll, für künftige Entscheidungen, die bezüglich der Stadtfinanzen oder in anderer Hinsicht starke Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger von Lüdenscheid haben, eine entsprechende Bürgerbeteiligungs-Plattform einzurichten, auf der die Bürgerinnen und Bürger der Stadt die Möglichkeit haben, ihre Haltung zu einem Vorhaben der Stadt zum Ausdruck zu bringen.

Der permanente Charakter einer solchen Plattform stellt sicher, dass derartige Öffentlichkeitsbeteiligungen keine Ausnahmefälle darstellen, sondern zu einer dauerhaften und wiederholt genutzten demokratischen Verbindung zwischen Bürgerschaft und Kommunalpolitik werden.

Die ermittelten Daten und gewonnenen Erkenntnisse einer solchen Bürgerbeteiligung müssen keinen rechtsverbindlichen Charakter im Sinne eines Bürgerbegehrens oder eines Bürgerentscheids haben, sind jedoch durchaus dazu geeignet, ein Stimmungsbild zu generieren, an dem sich die kommunalpolitischen Entscheidungsträger orientieren können.

**Die AfD-Fraktion wirbt daher darum, diesen Antrag sachbezogen und über Parteigrenzen und ideologische Hürden hinweg im Interesse einer bürgernahen und demokratischen Kommunalpolitik und zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bürger zu unterstützen.**

Mit freundlichen Grüßen

gez. Staubach

RH Thomas Staubach  
AfD-Fraktionsvorsitzender

gez. Eichhoff

RH Bastian Eichhoff  
AfD-stellv. Fraktionsvorsitzender

gez. Kaufman

RH Damijan Kaufman  
AfD-Fraktionsgeschäftsführer